



Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

## **IWH-Pressemitteilung 21/2003**

Sperrfrist: 27. Oktober 2003, 14.00 Uhr

Wie hoch sind die Transferleistungen  
für die neuen Länder?

**Ansprechpartner: Dr. Joachim Ragnitz (Tel. 0345/77 53 860)**

Halle (Saale), den 27. Oktober 2003

---

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale) Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)  
Tel.: (0345) 7753-60 Fax: (0345) 7753 820 <http://www.iwh-halle.de>

## Wie hoch sind die Transferleistungen für die neuen Länder?

In der Öffentlichkeit besteht ein ausgeprägtes Interesse daran, wie hoch die Leistungen „des Westens“ für die neuen Bundesländer sind. Offizielle Angaben hierüber liegen seit 1998 nicht mehr vor. Das hat durchaus gute Gründe, denn eine Regionalisierung der Ausgaben des Bundes, vor allem aber auch seiner Einnahmen ist in vielen Fällen nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich. Aufgrund dieser Schwierigkeiten sind lediglich Schätzungen über die Höhe der Mittelflüsse zwischen Ost- und Westdeutschland möglich.

Das IWH hat auf der Grundlage der verfügbaren Informationen eine Schätzung der Transferleistungen für 2003 vorgenommen. Einbezogen wurden dabei auf der einen Seite die Ausgaben des Bundes, der westdeutschen Länder und der Sozialversicherungen für die neuen Bundesländer, auf der anderen Seite die Ostdeutschland zurechenbaren Einnahmen von Bund und Sozialversicherung. Ein Teil dieser Leistungen für die neuen Länder lässt sich dabei anhand der verfügbaren finanzstatistischen Angaben relativ gut quantifizieren, weil die entsprechenden Ausgaben nur in Ostdeutschland anfallen oder zumindest Informationen über die Mittelaufteilung vorliegen. Bei einem nicht unbeträchtlichen Teil der Leistungen muss hingegen anhand geeigneter Indikatoren eine Aufteilung der nur gesamtdeutsch erfassten Ausgaben- und Einnahmenströme vorgenommen werden. Dies betrifft neben Posten wie den Personalausgaben oder den Ausgaben für Verteidigung vor allem auch die Steuereinnahmen des Bundes. Die Finanzströme nach Berlin wurden – soweit keine exakten Angaben vorlagen – im Verhältnis von 1:2 auf den Ost- und den Westteil der Stadt aufgeteilt. Die wesentlichen Ergebnisse sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

### Transferleistungen für die neuen Länder<sup>a</sup> im Jahre 2003<sup>b</sup>

	in Mrd. Euro	in %
Bruttotransferleistungen insgesamt	116	100
darunter:		
Wirtschaftsförderung	10	9
Soziales	52	45
Infrastruktur	15	13
ungebundene Leistungen	24	21
Sonstiges	14	12
Steuereinnahmen des Bundes in Ostdeutschland	33	.
Nettotransfer	83	.
<i>Nachrichtlich:</i> Nettotransfer		
- in % des westdeutschen BIP	.	4
- in % des ostdeutschen BIP	.	32
- in % der Inlandsnachfrage in Ostdeutschland	.	22

<sup>a</sup> Einschließlich Berlin-Ost – <sup>b</sup> Gemäß Haushaltsplanung.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Bundesregierung, Bundesanstalt für Arbeit, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Danach belaufen sich die Bruttotransfers<sup>1</sup> von West- nach Ostdeutschland auf rund 116 Mrd. Euro im Jahre 2003. Der größte Teil davon (45%) entfällt auf sozialpolitisch motivierte Leistungen, insbesondere auf Ausgaben zur sozialen Absicherung bei Arbeitslosigkeit und im Alter. Zweitgrößter Ausgabenposten (21%) sind weiterhin die zweckungebundenen Leistungen, die den ostdeutschen Ländern über den Finanzausgleich und die ergänzenden Zuweisungen des Bundes gewährt werden, um die schwachen Steuereinnahmen in Ostdeutschland auszugleichen. Investive Ausgaben (13%) und Zahlungen an die Unternehmen (9%) sind demgegenüber quantitativ von vergleichsweise geringer Bedeutung.

Dem gegenzurechnen sind die auf die neuen Länder entfallenden Steuereinnahmen des Bundes. Diese belaufen sich – grob gerechnet – auf rund 33 Mrd. Euro im Jahre 2003, was pro Einwohner etwa drei Vierteln des westdeutschen Wertes entspricht. Während dabei die Einnahmen aus Einkommen- und Körperschaftsteuer je Einwohner gerechnet nur rund 60% des westdeutschen Wertes erreichen, sind die Ostdeutschland zurechenbaren Umsatzsteuereinnahmen wegen der vergleichsweise weit vorangeschrittenen Angleichung der verfügbaren Einkommen deutlich höher. Der ökonomisch relevante Nettotransfer, also die Differenz aus Bruttoleistungen und zurechenbaren Steuereinnahmen beläuft sich im laufenden Jahr auf rund 83 Mrd. Euro.<sup>2</sup>

Rund 22% der Binnennachfrage in Ostdeutschland werden aus Transfermitteln gespeist.<sup>3</sup> Ohne diese Finanzströme wäre das materielle Wohlstandsniveau in den neuen Ländern wie auch die lokale Produktion deutlich niedriger. Sind die Transfers aus ostdeutscher Sicht also positiv zu sehen, ist auch deren Kehrseite nicht zu verkennen, nämlich die dadurch verursachte Abhängigkeit von der Zahlungsbereitschaft und -fähigkeit des Westens.

Da allerdings die meisten Transferleistungen auf gesamtdeutschen rechtlichen Regelungen beruhen, ist ein diskretionärer Abbau der Transfers ohnehin nur in begrenztem Maße möglich. Zudem ist bei einer Reduktion der Leistungen auch zu berücksichtigen, dass gerade die disponiblen Ausgaben zumeist investiven Charakter aufweisen, sodass ihre Verringerung den Aufholprozess Ostdeutschlands beeinträchtigen könnte. Mit einer spürbaren Verringerung der Transfers ist daher nur bei deutlich verbesserter Wirtschaftslage in den neuen Ländern zu rechnen.

*Joachim.Ragnitz@iwh-halle.de*

---

<sup>1</sup> „Bruttoleistungen“ bezieht sich hier allein auf die Leistungen des Bundes; die Transfers der Sozialversicherungen gehen netto in die Berechnung ein.

<sup>2</sup> Im Jahr 1999, dem letzten Jahr für das offizielle Transferangaben vorliegen, belief sich der Nettotransfer auf umgerechnet rund 70 Mrd. Euro (Haushaltssoll). Alles in allem dürften seit 1991 rund 900 Mrd. Euro von West- nach Ostdeutschland geflossen sein.

<sup>3</sup> Der Anteil der gesamten externen Finanzierung an der Binnennachfrage liegt noch etwas höher, weil neben den staatlichen Transfers auch private Kapitalzuflüsse aus Westdeutschland zu berücksichtigen sind. Die Differenz zwischen Inlandsnachfrage (Privater Verbrauch, Bruttoinvestitionen, Staatsverbrauch) und in Ostdeutschland (ohne Berlin) erwirtschaftetem Einkommen (Bruttoinlandsprodukt) dürfte sich auf knapp 100 Mrd. Euro belaufen.